

Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 10. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Postporture.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Sozialdemokraten beim Reichsfinanzminister

Um die Stabilisierung im Reich — Für parlamentarische Festigung — Gegen jede Diktatur — Brauns Programm — Verhandlungen Brüning's mit den Parteiführern

Berlin. Wie die „BZ“ berichtet, hat der Reichsfinanzminister am Dienstag Wels und Hermann Müller von den Sozialdemokraten empfangen. Beide sozialdemokratischen Führer sollen in Uebereinstimmung mit Braun die Auffassung vertreten haben, daß Brüning Experimente verhindern müsse, die die Krise nur verschlimmern könnten. Die Sozialdemokraten wollen also nach Möglichkeit außerparlamentarische Mittel vermeiden sehen. Auch Braun soll betont haben, daß die Reichsregierung alle Mittel ausschöpfen müsse, um auf parlamentarischem, nicht auf diktatorischem Wege zum Ziel zu kommen.

Brüning verhandelt

Berlin. Nach der ersten unverbindlichen Fühlungnahme mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei wird Reichsfinanzminister Dr. Brüning am Donnerstag die offiziellen Besprechungen über das Regierungsprogramm und dessen parlamentarische Möglichkeiten mit den Parteiführern beginnen. Der Reichsfinanzminister wird am Donnerstag vormittag zunächst den Grafen Westarp von der konservativen Volkspartei im Beisein des Ministers Schiele empfangen, darauf von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Wels und Hermann Müller. Die Reihenfolge der übrigen Parteiführerempfangs steht noch nicht fest.

Deutschnationale Wünsche

Forderung nach Auflösung des Landtages und sämtlicher Kommunalparlamente.

Berlin. Im preussischen Landtag ist ein Antrag der deutschnationalen Fraktion eingegangen, worin neben der bereits von der Wirtschaftspartei und den Kommunisten geforderten Auflösung des Landtages auch die Auflösung sämtlicher Provinzial-Landtage, Kreisräte, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen verlangt wird, damit die Neuwahlen zum preussischen Landtag mit gemeinsam mit den Kommunalwahlen stattfinden können.



Abschied des Botschafters Stamer von London

Ministerpräsident Macdonald (rechts) und Botschafter Stamer beim Verlassen des Claridge-Hotels nach dem Festessen. Zu Ehren des scheidenden deutschen Botschafters in London, Dr. Stamer, gab die englische Regierung ein Festessen im Claridge-Hotel. Botschafter Stamer bekleidete über 10 Jahre seinen verantwortungsvollen Posten bei dem englischen Hofe.

Faschistenaufmarsch in Oesterreich

Die Krise, die der österreichische Heeresminister und jetzt auch noch der Bundeskanzler, durch den Fall Strafella herbeigeführt hat, endet mit einem Minderheitskabinett, in welchem Seipel Außenminister ist. Der frühere Bundeskanzler Schöber mußte gestürzt werden, weil er nicht alle Wünsche der Christlich-Sozialen erfüllen konnte, weil diese ihre Parteiherrschaft rücksichtslos, auch gegenüber ihren Koalitionsfreunden, durchgeföhrt haben. Man könnte ja Vergleiche überall ziehen, was einer gewissen Sorte von Katholiken Parteipolitik bedeutet. Ob das im Reich beim Zentrum oder in Polnisch-Oberschlesien bei der Deutschen Katholischen Volkspartei ist, allen ist Religion als politisches Geschäft eigen und die bürgerliche Sammlung gegen den sogenannten Marxismus. In Oesterreich haben sich die Großdeutschen und die Landbündler ins Schlepptau der Vaugoin und Seipel nehmen lassen und mußten nun zusehen, wie vom Straßenbahnschaffner bis zum Bundesjohndaten, alles nach rein christlich-sozialer Methode vor sich ging, ja, man fragte nicht einmal die Koalitionsgegner, sondern bestimmte einfach, daß dieser und jener Posten noch von den christlich-sozialen Vertrauensmännern besetzt werden muß. Zuletzt war es der Fall Strafella, jener Mann, dem vor Gericht dekretiert wurde, daß er unsauber und unkorrekt gehandelt habe und doch setzte sich für ihn der Heeresminister Vaugoin ein, daß er Präsident der Bundesbahnen werden müsse. Das war nach verschiedenen Ränkespielen gegen den Bundeskanzler, selbst den Koalitionspartnern zu viel, und es kam zum Bruch, die Großdeutschen und Landbündler lehnen den Eintritt in ein neues Antimarxistisches Kabinett ab, im Gefühl, daß sie schließlich die Zehne bei eventuellen Neuwahlen zu zahlen haben werden. Das Minderheitskabinett Seipel, Vaugoin-Starhemberg hat keine Mehrheit im Nationalrat und muß sich zu Neuwahlen stellen.

Baugoins Ziel: Vernichtung der Sozialdemokratie

Der Nationalrat aufgelöst — Schlechte Aufnahme des Minderheitskabinetts — Neuwahlen am 9. November

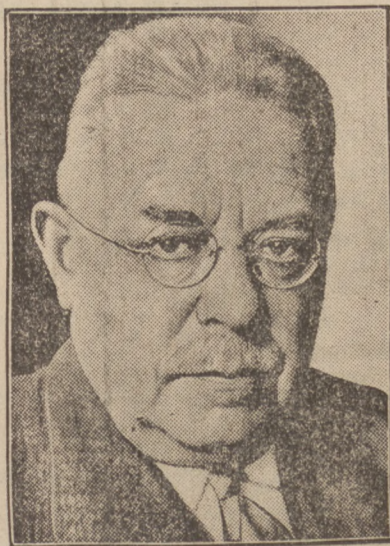
Wien. Bundespräsident Miklas hat am Mittwoch abend gemäß einem Beschluß des Ministerrats den Nationalrat aufgelöst. Für die Neuwahlen ist der 9. November in Aussicht genommen.

Wien. Das neue Kabinett hat keine besonders gute Presse. Die „Reichspost“, das christlichsoziale Parteiorgan, nennt es zwar die Front der Heimattreuen und die Verkörperung der Solidarität aller gesunden Elemente des Volkstums. Nicht ein Minderheitskabinett, sondern eine Regierung, die die aktivsten Kräfte aller Heimattreuen vereinige, trete heute vor Oesterreich.

Das landbündlerische „Extrablatt“ hingegen behauptet, daß das Vorgehen der Christlich-Sozialen einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande hervorgerufen habe und läßt sich auch aus Graz melden, daß die Steierischen Heimwehren bis zum letzten Augenblick gegen den Eintritt in die Regierung gewesen seien. Die Schöber Nahestehenden und jetzt im Uebergang zu den Großdeutschen begriffenen „Wiener Neuesten Nachrichten“ begnügen sich damit, die amtlichen Berichte zusammenzustellen. Die „Neue Freie Presse“, bezeichnet das Kabinett als ein Kabinett der Zwiespältigkeit. Sie hält nämlich die Berufung der Heimwehrführer in das Kabinett als einen Fehler und erhebt die Frage, ob es denkbar sei, in der öffentlichen Funktion die Ruhe zu schülten und in der privaten den Grundsatz der Selbsthilfe mehr oder weniger auf keine Fahne zu schreiben. Der Leitartikel der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ ist bereits ein Wahlaufruf, der zum „Kampf gegen den Faschismus“ auffordert.

Der neue Bundeskanzler kennzeichnete in einer Versammlung seine Stellungnahme u. a. folgendermaßen: Man

brauche nur die richtige Fahne zur richtigen Zeit mit der richtigen Begeisterung voranzutragen, dann könne man auch hier in Wien eine Welsche schlagen, von der sich die Sozialdemokraten nicht mehr erholen könnten. Er wolle die Fahne ergreifen und mit ihr vorangehen.



Der Schriftsteller Mag Halbe

dessen Feder das überaus erfolgreiche Liebesdrama „Jugend“ sowie andere Dramen und Romane entstammen, wird am 4. Oktober 65 Jahre alt.

Nichts fürchteten die Christlich-Sozialen mehr, als Neuwahlen, die erst im Frühjahr 1931 fällig waren. Aber die Katastrophe, sowohl innerpolitisch durch die Heimwehren, als auch wirtschaftspolitisch durch die ungeheure Krise, läßt die Christlich-Sozialen erkennen, daß es besser ist, sich schon jetzt in den Kampf um den Staat zu stellen, denn die Dinge bis zum Frühjahr treiben zu lassen, die dann noch eine größere Niederlage für die Christlich-Sozialen sein würden. So entschloß man sich zu einem Minderheitskabinett, aber, um die Koalitionsfreunde zu schrecken, wurden bald die Heimwehren, jene putschistischen Hahnenschwänze Oesterreichs, in die neue Koalition mit einbezogen. Vaugoin und Seipel machen aus ihrem Herzen keine Würdergrube, sie öffnen dem Faschismus in Oesterreich die Tore. Man muß sich dessen erinnern, welche Anstrengungen der damalige Heimwehrführer Steidle machte, um vor Schöber in die Regierung zu kommen. Seipel mußte seinerzeit sich von der Politik zurückziehen, weil sein Kampf gegen die Sozialdemokratie unerträglich wurde und Oesterreich im ganzen Ausland kompromittierte. Er hinterließ aber den Heeresminister Vaugoin als Schutzposten für sich und den Faschismus in der Regierung. Schöber verstand es, mit der Opposition zur Einigung zu kommen, die Heimwehrbewegung wurde zurückgelassen, die Verfassungsänderung endete mit einem Kompromiß und Seipel blieb weiter außerhalb des Einflusses auf die Geschicke Oesterreichs. Inzwischen hatte Schöber mehrere erfolgreiche Auslandsreisen, kam mit Italien und Frankreich gut aus, man glaubte, daß sich die österreichischen Verhältnisse stabilisieren werden. Und nun kam der Bruch. Die Koalitionsgegner klagen einander an, daß sie betrogen worden sind, die Großdeutschen erklären offen, daß man mit einem so hinterlistigen Gegner, wie die Christlich-Sozialen, nicht in einer bürgerlichen Einheitsfront sitzen könne.

Seipel machte aus der Not eine Tugend. Er hat sich offen für die Heimwehren ausgesprochen, er sieht in diesen Hahnenschwänzen jene Kraft, die auch mit der Waffe in der Hand gegen Oesterreichs Arbeiterschaft kämpfen kann. Die verschiedenen Zusammenstöße der Arbeiterschaft mit den Heimwehren sind bekannt. Aber immer stand Seipel, der ewig streitbare Prälat weiß, was ihm die faschistischen Banden nützen können. Er hat den früheren Führer Steidle beseitigen helfen und sich jetzt den jungen Hitlerfürsten Starhemberg als Innenminister in die Koalition berufen. Starhemberg ist ein junger Mann, politisch ein Kind und es ist schon begreiflich, daß man über den jetzigen Führer des Faschismus auch Einfluß auf die Heimwehren, als die letzte Hilfstruppe der Christlich-Sozialen gewinnen

will. Die letzten Nationalratswahlen standen im Zeichen der bürgerlichen Einheitsfront gegen den Marxismus. Nach fast vierjähriger Regierung mit jährlich jährlichen Krisen, herbeigeführt durch die Parteiherrschaft der größten Koalitionsparterie, haben sich die Landbündler und Großdeutschen überzeugen müssen, daß sie die Fesche des christlich-sozialen Bankrotts bezahlen sollen. Es dürfte Seipel, der ja der treibende Kopf ist und Vaugin, der jetzige Bundeskanzler, nur der Posthalter, nicht mehr gelingen, eine anti-marxistische Front zu gründen. Darum kommt die Entscheidung Seipels sehr klar zum Ausdruck, was man mit den bürgerlichen Parteien nicht mehr erreichen kann, das muß mit dem offenen Faschismus erzwungen werden. Es war ja bekannt, daß die Heimwehren, als ihnen der Weg in die Regierung von Schober versperrt wurde, ankündigten, daß sie bei den kommenden Nationalratswahlen eigene Heimwehrlisten aufstellen werden. Dem will nun Seipel vorbeugen, gab ihnen das zweifellos wichtigste Innenministerium mit dem Faschistenführer Starhemberg an der Spitze. Dieser hat auch das nötige Geld, um auch die Wahlen der Christlich-Sozialen zu finanzieren und so hat Seipel mit einem Schlage zwei Fliegen erlegt. Er bezahlt seinen Freunden von der bürgerlichen Koalition ihre Wegbereitschaft gegen den Antimarxismus mit echt christlich-katholischer Münze und sie werden auch bei den Wahlen noch gegenüber den Heimwehren die Haare lassen. Freilich bleibt abzuwarten, ob sich die Steibel und Genossen so einfach werden ausschiffen lassen und ob sie doch noch nicht eigene Heimwehrlisten aufstellen und zwar gegen den persönlichen Willen des Oberfaschisten Starhemberg, der jetzt in der Regierung sitzt.

Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung vorausgesehen und vor Wochen ein Aktionsprogramm entworfen, für welches sie bekanntlich auch das Volksbegehren in Szene setzte, welches über Erwarten einen günstigen Verlauf nahm. Die Sozialdemokratie geht in die Neuwahlen gerüstet und das Hauptziel ist, die Christlich-Sozialen entschieden zu schlagen, mit dieser katholischen Parteiherrschaft ein Ende zu machen. Man braucht die Lage Oesterreichs nicht näher zu kennzeichnen. Alle Symptome der Nachkriegszeit sind hier in einem fast lebensunfähigem Staatswesen vorhanden. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, dazu noch die innerpolitischen Spannungen zwischen den bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die Vormacht der Arbeiterklasse. Es gibt in Oesterreich, dank der klaren sozialistischen Politik, keine Kommunisten. Die österreichische Arbeiterklasse steht geschlossen da. Sie hat ein Programm, welches für die nächste Zukunft fordert, daß ein Nationalrat gewählt werden müsse, der es fertig bringt, die geschlossenen Fabriken wieder zu öffnen, die Alters- und Invalidenversicherung einzuführen, die ja bereits als Gesetz beschlossen ist und was mit das Wichtigste ist, der notleidenden Landwirtschaft zu helfen, damit auch das Landproletariat in den Genuß der Staatshilfe kommt, die ihm bisher die Christlich-Sozialen verschlossen haben und ihm dafür Prozeffionen und ein besseres Jenfeits von des Prälaten Seipels Gnaden in Aussicht stellten. Es wird ein heißer Kampf werden, denn die Hauptkräfte müssen gegen den Einzug des Faschismus gerichtet sein. Jetzt weiß es durch die Minderheitsregierung Seipel, Vaugin, Starhemberg ganz frei und offen, daß der katholische Prälat Seipel, der offene Förderer des österreichischen Faschismus ist. Vom Papst in Italien gesegnet, von Seipel in Oesterreich gefördert, halten die Faschisten Einzug nach Wien, dem sozialistischen Wien, welches jetzt vernichtet werden soll. So wollen es die echten Katholiken unter Seipels Führung.

Man kann auf die Entwicklung der Dinge gespannt sein. Es wird ein heftiger Kampf von dem anzunehmen ist, daß er mit einer Niederlage der Seipelei und des Faschismus enden wird. Das ist der Sinn des österreichischen Wahlkampfes. —II.

Italiens „Freude“ über Briand

Rom. Briands Schlußrede in Genf hat in Italien den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. Die „Tribuna“ stellt fest, daß Frankreich in unmißverständlicher Weise die Verantwortung für die Politik der großen Rüstungen auf sich nehme. Wohin diese Ehe führe, beweise die Tatsache, daß Frankreich zusammen mit der kleinen Entente und Polen über 10½ Milliarden Lire jährlich für das Landheer ausbebe, ungeachtet des berühmten Cheron-Millionen-Fonds. Briands Politik sei in voller Auflösung, meint das Blatt, aber Briand habe es fertig gebracht, sich einen beredten Nachruf zu widmen. Der gute Wille Frankreichs in den Verhandlungen mit Italien sei so oft betont worden, daß man nicht einmal mehr in Genf daran glaube.



Kuba am Vorabend einer Revolution?

Der Präsidentenpalast in Havana auf Kuba, den demonstrierende Studenten zu stürzen versuchten. Bei der Abwehr des Angriffes durch ein rings um den Palast aufgestelltes Polizeiaufgebot kam es zu einem Feuergefecht und einem Handgemenge, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab.

Die neuen Mitglieder des Generalrats der Reichsbank



Von links nach rechts: Der Vizepräsident der Reichsbank, Dr. Drehsse, der Fabrikant Müller-Verlinghausen und der Vorsitzende der Pommerischen Landwirtschaftskammer von Flemming, die anstelle der ausscheidenden ausländischen Mitglieder in den Generalrat der Reichsbank neu eintreten.

Macdonald vor der Reichskonferenz

Die Welt sieht beunruhigend aus — Abrüstung die Hauptaufgabe

London. Die britische Reichskonferenz wurde am Mittwoch vormittag im Locarnoaal des Foreign Office feierlich eröffnet. In der Eröffnungssitzung nahmen teil, die Mitglieder des englischen Kabinetts, sowie die Vertreter der sechs Dominionen und Indiens. Macdonald führte den Vorsitz. Er begrüßte die Vertreter, worauf als erster der Ministerpräsident von Kanada Bennett antwortete. Dann sprachen der Reihe nach der Ministerpräsident von Australien, der Ministerpräsident von Neuseeland, General Herzog von Südafrika, der Außenminister des irischen Freistaates, der Ministerpräsident von Neufundland und der Staatssekretär für Indien Wedgwood Benn. Nach der feierlichen Eröffnung ging die Konferenz zur Tagesordnung über. Es wird zunächst eine Reihe von Ausschüssen eingesetzt, die sich mit den Einzelfragen zu beschäftigen haben, so daß die Arbeit sofort beginnen kann. Eine große Menschenmenge hatte sich an dem Eingang der Downingstreet versammelt, um der Anfahrt beizuwohnen. Die Verhandlungen werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

London. In der Eröffnungssitzung der Weltreichskonferenz ging Ministerpräsident Macdonald in bemerkenswerten Ausführungen auf die Abrüstungsfrage ein. Die Stärke der heutigen Rüstungen und die allgemeine Abneigung der Regierungen, den Frieden durch Herabsetzung der militärischen Machtmittel zu fördern, müßte zu einem neuen Rüstungswettbewerb führen, dem gegenüber sich auch die friedfertigste Nation nicht indifferent verhalten könnte. Der Ausblick sei beunruhigend. Sollte sich dieses Unglück ereignen, so werde man dem englischen Weltreich keine Vorwürfe machen können, da es durch Beispiele und Ratsschläge die Reinheit seiner Friedensliebe gezeigt habe. Aus diesem Grunde fordere er die Anwesenden zu gemeinsamer Arbeit auf, um einen größeren Einfluß auf die Welt auszuüben.

Frankreich — der alte Adam

London. Macdonald kam in einer Rundfunkrede über die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz erneut auf die Abrüstungsfrage zu sprechen und erklärte, England und das Weltreich sähen zu ihrer Unzufriedenheit, daß der alte Adam, der unter dem Mantel der nationalen Sicherheit Kriege unvermeidlich mache, noch immer lebendig sei.

Verbot aller kommunistischen Organisationen in Finnland

Kopenhagen. Nach Meldungen aus Helsingfors ist im finnischen Innenministerium anscheinend im Zusammenhang mit den Mittwoch und am Donnerstag stattfindenden Reichstagswahlen am Dienstag ein Verbot aller kommunistischen Organisationen ausgesprochen worden.

Hitlers Antwort an Brüning

München. Zum Finanzprogramm der Reichsregierung schreibt der „Völkische Beobachter“ u. a. folgendes: „Was wir hier als Sanierungsprogramm serviert erhalten, ist eine fürchterliche Volksbelastung. Derart fürchterlich, daß endlich wohl auch den Locarnowählern Hören und Sehen vergehen wird. Auch die deutschen Beamten können nicht gemeinjam mit hellen Blicken zusehen, daß die Börsen und die Großbanken, ebenso die Großwarenhäuser ungeschoren davonkommen, die schaffende Nation aber die Folgen der 12jährigen verbrecherischen Politik zu tragen hat. Begrüßt wird allerdings die Gehaltskürzung des Reichspräsidenten, der Minister und der Diäten der Abgeordneten. Während der ganzen Jahre ist es weder den Marxisten noch den Bürgern eingefallen, hier etwas vorzunehmen. Erst als die NSDAP. sich als die Stimme des gekränkten Volkes meldete und Abbau von oben forderte und als schließlich der 14. September zeigte, was die Glocke geschlagen hatte, da bequemen sich endlich die Herren, auch bei sich etwas zu kürzen. Schließlich kam das Blatt zu dem Ergebnis, daß das Programm der Brüning-Nichtregierung untragbar sei, denn es sei nichts anderes, als die Youngklauserei zu stabilisieren und es fordere vom deutschen Volke die Anerkennung, ein verflantes Volk zu sein und es bleiben zu wollen.“

Der ukrainische Führer Holowinski erschossen

Warschau. Wie die polnischen Blätter melden, wurde der vor kurzem im Zusammenhang mit der polnischen Aktion zur Unterdrückung der ukrainischen Sabotage in Ostgalizien in Lemberg verhaftete Ukrainer Holowinski, den die polnische Presse als den Landesführer der geheimen ukrainischen Militärorganisation bezeichnete, von einem polnischen Polizisten niedergeschossen. Holowinski wurde nämlich auf Anordnung der Staatsanwaltschaft aus dem Lemberger Gefängnis in Begleitung von zwei Polizisten nach Bobrka überführt, wo eine Gegenüberstellung mit Personen hätte stattfinden sollen, die Holowinski der Teilnahme beim Ueberfall auf den polnischen Postwagen bei Bobrka, der vor einiger Zeit stattfand, überführen sollten. Auf dem Rückweg soll nun Holowinski während eines kurzen Aufenthaltes auf der kleinen Eisenbahnstation Chlebowice verhaftet haben, die Flucht zu ergreifen. Einer der Polizisten hat dann auf ihn sechs Schüsse abgegeben, von denen einer Holowinski in den Kopf traf und tötete.

Die neue Regierung in Braunschweig

Dr. Rüchenthal und Dr. Franzen vom Landtag gewählt. Braunschweig. In der Sitzung des braunschweigischen Landtages am Mittwoch wurden für den Kandidaten der bürgerlichen Einheitsliste, Oberregierungsrat Dr. Rüchenthal und für den Kandidaten der Nationalsozialisten, Amtsgerichtsrat Dr. Franzen, je 26 Stimmen abgegeben. Für den Kandidaten der Sozialdemokraten, dem bisherigen Staatsminister Dr. Jasparr, stimmten nur seine 17 Parteifreunde. Die Kommunisten und die Vertreter der Staatspartei enthielten sich der Stimme. Dr. Rüchenthal und Dr. Franzen sind somit zu Staatsministern gewählt worden.

Ausgleichung des Völkerbunds pates an den Kelloggspakt

Genf. Der vom juristischen Ausschuss des Völkerbundes eingesetzte Unterausschuss zur Angleichung des Völkerbundesvertrages an den Kelloggspakt durch Ausschließung der die Kriegsmöglichkeiten offenlassenden Bestimmungen hat eine Entschlieung angenommen, nach der die ganze Frage auf die nächste Vollversammlung des Völkerbundes verschoben wird. Die Entschlieung wird am Donnerstag im juristischen Ausschuss zur Verhandlung kommen.

Englisch-italienische Meinungsverschiedenheiten in Albanien

London. Der englische Generalinspekteur der albanischen Gendarmerie, General Percy, ist zurückgetreten. König Zogu hat das Rücktrittsgesuch angenommen. General Percy hatte die Gendarmerie in Albanien neu organisiert. Er wird nach England zurückkehren. Angeblich sind persönliche Meinungsverschiedenheiten entstanden, die sich aus dem ständigen Wachsen des italienischen Einflusses in Albanien ergeben haben sollen. Es sei der Wunsch der Italiener, so meldet der „Daily Telegraph“, die Gendarmerie und Armee in Albanien unter ihren Einfluß zu bringen. Es ist noch nicht bekannt, ob auch die anderen britischen Offiziere, die in die albanische Gendarmerie eingetreten sind, zusammen mit Percy Albanien verlassen werden.

